

»Reduzieren Sie die Bürokratie!«

Diskussion | Am Runden Tisch geht es um das Bleiberecht von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit

Der Fachkräftemangel trifft die Pflegebranche besonders hart. Geflüchtete können Abhilfe schaffen – wenn sie denn nicht abgeschoben werden. Zu diesem Thema diskutierten lokale Experten mit dem Bundestagsabgeordneten Thorsten Frei (CDU).

■ Von Verena Parage

Schwarzwald-Baar-Kreis. Dass der eine den anderen von seinen Ansichten in Sachen Migrationspolitik überzeugen kann, das glaubt Thorsten Frei nicht, als er sich an den Tisch im AWO-Seniorenzentrum Am Stadtpark in Schwenningen setzt. Tatsächlich gehen die Meinungen an manchen Stellen auseinander.

Für den CDU-Mann geht es in der Diskussion am Donnerstag auch eher darum, praktische Lösungen für den Arbeitsmarkt zu finden. Da ist er dann auf einer Linie mit Martin Hayer, dem Leiter des Seniorenzentrums und Ausrichter des Runden Tisches, mit Carolin Graf vom Caritasverband im Kreis, Florije Sula, Geschäftsführerin der Altenhilfe St. Georgen, Reinhold Hummel, Arbeitskreis Asyl und Diakonie Schwenningen, sowie mit Klaus Meusel und Christian Utischill vom Job Club VS. Sie haben ebenfalls am Tisch Platz genommen. Dazu kommen Lamin Chune und Kamal Sadik Ageed. Der eine stammt aus Gambia, der andere aus dem Iran. Beide arbeiten im AWO-Pflegeheim und sind genau solche Bei-



Im Gespräch (von links): Klaus Meusel, Christian Utischill, Carolin Graf, Florije Sula, Martin Hayer, Lamin Chune, Thorsten Frei, Reinhold Hummel und Kamal Sadik Ageed

Foto: Parage

spiele, um die es der Runde geht. Gut integriert, im Beruf angekommen, aber trotzdem von Abschiebung bedroht.

Schon zum Einstieg schildert Hayer, dass in der Pflegebranche derzeit 30 000 Fachkräfte fehlen. Könnten ausländische Mitarbeiter einspringen, seien viele Behörden involviert. Die Zusammenarbeit beschreibt er als schlecht und langwierig. Da helfe auch das neue Fachkräftewanderungsgesetz nicht. Als Beispiel nennt er die Zeugnisanerkennung durchs Regierungspräsidium Stuttgart, die neun Monate dauert.

Was er anspricht, klingt im Gespräch immer wieder an: Die Pflegeprofis bemängeln den Aufwand, wenn es um geflüchtete oder andere ausländische Mitarbeiter geht. Carolin Graf bringt es mit der Forderung »Reduzieren Sie die Bürokratie!« auf den Punkt.

Zudem berichtet sie von vier jungen Senegalesen, die in Deutschland einen Ausbildungsplatz gehabt hätten – was erscheiterte, weil sie nicht rechtzeitig einen Termin in der Botschaft bekamen. Florije Sula hat einen ähnlichen Fall im Kosovo erlebt. Darüber hinaus kennen alle Beispiele von beruflich integrierten Geflüchteten, denen dennoch die Abschiebung droht, weil sie nicht als Flüchtlinge anerkannt werden.

Praktische Lösungen nötig

Dem soll künftig ein Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung entgegenwirken. Über dieses Thema wird der Bundestag vermutlich im April beraten. Da ist Frei dann wieder bei den »praktischen Lösungen für den Arbeitsmarkt«, die es zu finden gilt. Genau das fordert eine Initiative bestehend aus

über 150 Unternehmen im Südwesten (»Bleiberecht durch Arbeit«), der Martin Hayer angehört.

In diesem Zusammenhang allerdings macht der Abgeordnete klar, dass er nicht nur an die Unternehmen, sondern an die ganze Gesellschaft denkt. Sprich: Brummt die Wirtschaft, werden Arbeitskräfte gebraucht – auch für Hilfstätigkeiten. Geht es ihr schlechter, stünden solche Mitarbeiter als Erste auf der Straße und seien auf staatliche Unterstützung angewiesen. Er betont: »Wer mit seiner Familie hier ist und hierbleiben kann, der muss seine Familie ernähren können.« Widerspruch kommt etwa von Sula, die darauf hinweist, dass die Arbeitnehmer während ihrer Berufstätigkeit ins Sozialsystem einzahlen. Zudem berichtet sie: »Wir finden bei uns im Haus nicht einmal Reinigungskräfte

– von Fachkräften einmal ganz abgesehen.« Reinhold Hummel ergänzt, dass die Kinder von Geflüchteten erfolgreich in die Schule einsteigen, was wiederum gut für die Zukunft des Landes ist. Und Klaus Meusel weist angesichts des demografischen Wandels darauf hin: »Es gibt gar keine Alternative« zur Zuwanderung.

Einigkeit herrscht derweil in der Runde, dass nicht alle, die nach Deutschland kommen, auch bleiben können. Dass aber ausgerechnet die gut Integrierten abgeschoben werden, nur weil sie nicht als Flüchtlinge anerkannt sind, können die Experten nicht nachvollziehen.

Wie sich das für die Betroffenen anfühlt, beschreibt Lamin Chune, der eine Altenpflegeausbildung absolviert. Der Gambier erhielt seine Ablehnung im Januar 2018 und klagt dagegen. In der Zwischenzeit muss er alle paar Monate seinen Aufenthaltsstatus verlängern. Sich so unbeschwert und voll auf die Ausbildung zu konzentrieren, ist schwer. Kamal Sadik Ageed arbeitet als Pflegehilfskraft, hat aber einen Ausbildungsplatz sicher. »Bis jetzt weiß ich nicht, ob ich in Deutschland bleiben darf«, erzählt er. Vor zwei Jahren habe er ein Interview in Freiburg, in der Außenstelle des Bundesamts für Migration, gehabt. Auf die Antwort wartet er bis heute. »Wir essen mit Stress, wir schlafen mit Stress, ich arbeite mit Stress«, schildert er, was dies für seine Familie bedeutet. Auch das sind Eindrücke, die Thorsten Frei aus Schwenningen mit nach Berlin nehmen kann.